

Thema:

**Umsetzungswünsche und Anträge auf Umsetzung
(Lehrkräfte)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit längerer Zeit bemüht sich der Gesamtpersonalrat (GPR) darum, mit der Behörde ein neues Umsetzungsverfahren abzustimmen. Mit dem Info wollen wir Ihnen das mit der Behörde abgestimmte Verfahren erläutern.

Zunächst zu den gemeinsamen Zielen:

- Beantragte Umsetzungen für das kommende Schuljahr sollen zeitlich vor den Auswahlverfahren für Neueinstellungen genehmigt werden.
- Es soll ein größerer Spielraum für Eigeninitiative bei der Realisierung der Umsetzungswünsche eröffnet werden.
- Das Verfahren soll transparenter werden.

Derzeit gilt als Termin für Anträge zum kommenden Schuljahr der 15.01.2011. Dieser Termin und das alte Verfahren haben auch weiterhin Bestand.

ABER: Da die schulbezogenen Einstellungen für das kommende Schuljahr bereits ab Februar stattfinden sollen, empfiehlt der GPR Ihnen, Umsetzungsanträge bis zum

22. Dezember 2010

zu stellen. Das ermöglicht der Behörde die Listen mit den freiwilligen Umsetzungen schon Anfang Januar zusammenzustellen. Diese Listen werden dem GPR und den örtlichen Personalräten zur Verfügung gestellt. Die KollegInnen können sich dann bei ihrem örtlichen Personalrat erkundigen, ob ihr Umsetzungsantrag erfasst wurde. Dadurch können sie erfahren, ob es eventuell in einer Wunschregion einen Tauschpartner, eine Tauschpartnerin mit gleicher Qualifikation gibt und so ein Kopftausch möglich ist. Sie können dann eigeninitiativ an die Schulleitung herantreten und das gegenseitige Interesse prüfen. Außerdem kann ein Tausch Umsetzung gegen Neueinstellung durch die Schulleitungen über eine Anfrage bei der Außendienststelle initiiert werden.

Es ist ratsam, eine Kopie des Umsetzungsantrags an die örtliche Personalvertretung zu senden. Diese kann dann prüfen, ob der Antrag aufgenommen wurde, und wenn nicht, die Korrektur bei der Behörde einfordern.

Dieses Vorgehen ist eine Übergangslösung für das kommende Schuljahr, da ab dem Schuljahr 2012/2013 mit der Einführung von eGovernment neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.